

Jahresbericht 2016

Rechenschaftsbericht des Vorstands



Impressum

Jahresbericht 2016

Rechenschaftsbericht des Vorstands

Herausgeber

Global Policy Forum Europe

Königstr. 37a

53115 Bonn

Tel.: 0228-96 50 510

Fax: 0228-96 38 206

Mail: europe@globalpolicy.org

Homepage: www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

Bonn, Juni 2017

Inhalt

I.	Überblick.....	4
II.	Arbeitsschwerpunkte 2016.....	6
1.	Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs	6
	Die Agenda 2030 und die SDGs: Die Umsetzung nimmt Fahrt auf	7
2.	Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung.....	12
	Steuerpolitik als Beitrag zur Bekämpfung globaler Ungleichheiten.....	13
3.	Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte	16
	Zusammenarbeit nicht um jeden Preis!.....	17
III.	Finanzbericht 2016.....	21
IV.	Daten und Fakten.....	24
1.	Vorstand und Mitarbeiter/innen 2016.....	24
2.	Veröffentlichungen 2016.....	25
3.	Chronologie der GPF-Aktivitäten 2016.....	28
4.	GPF im Internet.....	31

I. Überblick

Die Umwelt- und Entwicklungspolitik war im Jahr 2016 geprägt von den Ausläufern der großen Gipfelereignisse des Vorjahres, insbesondere des New Yorker Gipfels zur Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimagipfels. Sowohl auf internationaler Ebene als auch in Deutschland ging es nun darum, die Beschlüsse von New York und Paris in die Tat umzusetzen. In Deutschland geschah dies unter anderem im Rahmen der Diskussionen über die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie.

Überlagert wurden diese Aktivitäten in ihrer medialen Wahrnehmung allerdings von anderen Ereignissen. Der Krieg in Syrien und die durch ihn verschärfte globale Flüchtlingssituation, die Terroranschläge in verschiedenen europäischen Großstädten, die scharfen Kontroversen über die geplanten Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) bzw. den USA (TTIP), das Brexit-Votum in Großbritannien und nicht zuletzt die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten bestimmten die Schlagzeilen.

In vielen Fällen hat das globale Krisenmanagement versagt, multilaterale Kooperation befindet sich in der Defensive, in immer mehr Ländern wird der politische Diskurs von einer Renaissance des Nationalismus bestimmt. Brexit und Trump sind nur die sichtbarsten Zeichen dieses gefährlichen Trends.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen liefert unter dem ambitionierten Titel „Transformation unserer Welt“ einen Gegenentwurf zu Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus, indem sie für eine Stärkung des Multilateralismus, weltweite Solidarität und faire Weltwirtschaftsbeziehungen plädiert. Das Neuartige der Agenda besteht darin, dass ihre Ziele universell gültig sind. Sie betonen die Notwendigkeit der Veränderungen in allen Ländern der Welt, aber verlieren gleichzeitig die internationale Verantwortung der reichen Länder nicht aus den Augen. Das Global Policy Forum plädierte seit Jahren für eine solche umfassendere globale Entwicklungsagenda.

Trotz mancher Schwächen und Widersprüche könnte diese Agenda die deutsche und internationale Politik nachhaltig verändern. Ob dies tatsächlich geschieht, wird entscheidend davon abhängen, wie ernst Regierungen und Akteure der Zivilgesellschaft die Gipfelbeschlüsse und die mit ihnen verbundenen politischen Verpflichtungen nehmen.

Das Global Policy Forum (GPF) hat sich 2016 in zahlreichen Publikationen, Veranstaltungen und Vorträgen mit der Agenda 2030 befasst und über ihre Inhalte informiert. Dabei haben wir stets deutlich gemacht, dass wir uns nicht als Cheerleader der neuen Agenda begreifen. Wir halten es nach wie vor für wichtig, eine kritische Distanz zu den Beschlüssen der Regierungen zu wahren, zugleich aber auch das politische Veränderungspotential der neuen Nachhaltigkeitsagenda und ihrer Ziele auszuloten. Diesem Zweck dienten auch zwei wegweisende Publikationen, an den GPF maßgeblich beteiligt war: Dem internationalen Schattenbericht zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Agenda 2030 „Spotlight on Sustainable Development“ sowie dem bundesdeutschen Pendant „Noch lange nicht nachhaltig. Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda“.

Die ausreichende Finanzierung der Agenda 2030, insbesondere die Mobilisierung heimischer öffentlicher Ressourcen, ist eine zentrale Erfolgsbedingung für die Verwirklichung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Wesentliche Faktoren sind dabei der Aufbau effektiver Steuersysteme und die verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung. GPF hat sich aus diesem Grund auch 2016 intensiv mit dem Problem der weltweiten Kapitalflucht in Schattenfinanzzentren und Steueroasen befasst. Dies geschah unter anderem unter dem Dach der Global Alliance for Tax Justice.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bildete die Auseinandersetzung mit dem wachsenden Einfluss von Akteuren des Privatsektors (Privatwirtschaft und private Stiftungen) auf internationale Politikprozesse. In mehreren Publikationen und Veranstaltungen haben wir herausgearbeitet, wie private Akteure den Diskurs und politische Entscheidungen in ihrem Sinne beeinflussen und was dagegen von Politik und zivilgesellschaftlichen Gruppen getan werden sollte. Auf große Resonanz stießen unsere Studien zum Einfluss privater Stiftungen in der globalen Politik (*Philanthropic Power and Development – Who shapes the agenda?*) und zur Kooperation von deutscher Entwicklungspolitik und privaten Stiftungen, insbesondere der Bill & Melinda Gates-Stiftung (*Gestiftete Entwicklung?*).

Einen wichtigen Aspekt unserer Arbeit bildet das Engagement in deutschen und internationalen Netzwerken. Im Zentrum steht dabei die Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development, eine Allianz von mehreren internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken (Arab NGO Network for Development, Centre for Economic and Social Rights, Development Alternatives with Women for a New Era, Public Services International, Social Watch, Society for International Development, Third World Network, Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.). Wir engagieren uns daneben auch direkt im Netzwerk Social Watch. Barbara Adams vertritt GPF im internationalen Koordinierungsausschuss des Netzwerks.

Von großer Bedeutung ist daneben auch unsere Mitarbeit im deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie in der Global Alliance for Tax Justice, die wir mitgegründet haben.

GPF Europe ist schließlich Mitglied im deutschen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und engagiert sich in der Treaty Alliance, einem weltweiten Zusammenschluss von über 600 zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein internationales rechtsverbindliches Instrument zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen einsetzen.

Netzwerke

Reflection Group
on the **2030 Agenda** for
Sustainable Development

 **NETZWERK
STEUER-
GERECHTIGKEIT**

 **SOCIAL WATCH**

CorA Corporate
Accountability
Netzwerk für Unternehmensverantwortung

 **GLOBAL
ALLIANCE
FOR TAX
JUSTICE**

TREATY ALLIANCE
GLOBAL MOVEMENT FOR A BINDING TREATY

II. Arbeitsschwerpunkte 2016

1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

Überblick

2016 standen die Diskussionen und Prozesse rund um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im Mittelpunkt unserer Arbeit. Auf internationaler Ebene geschah dies in erster Linie im Rahmen der von GPF koordinierten Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development. In Deutschland haben wir gemeinsam mit terre des hommes, dem Forum Umwelt und Entwicklung, VENRO und anderen Nichtregierungsorganisationen die Zusammenarbeit im Kontext der Agenda 2030 aktiv mitgestaltet. Dies geschah im Rahmen von eigenen Veranstaltungen, der Mitwirkung an Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, von Hintergrundgesprächen mit politischen Entscheidungsträgern sowie von mehreren Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2016 in vier Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst.

In Deutschland haben wir mit unserem Projekt *2030.de* Schlüsselthemen der Agenda 2030 bearbeitet. Unterstützt wird das Projekt von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global.

Einige Aktivitäten in diesem Projekt fanden in Kooperation mit terre des hommes statt. Mit der Kinderrechtsorganisation bestand bis Ende 2016 ein langjähriges Kooperationsprojekt, das sich schwerpunktmäßig mit der Zukunft der Entwicklungspolitik und alternativen Entwicklungskonzepten befasste. Unsere Hauptaktivität 2016 bestand in der Koordination des ersten Schattenberichts deutscher Nichtregierungsorganisationen zur Umsetzung der SDG in und durch Deutschland („*Noch lange nicht nachhaltig. Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda*“).

Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt im Rahmen der **Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development** fortgesetzt, in der wir u.a. mit Social Watch, dem Third World Network, DAWN, und dem Arab NGO Network for Development zusammenarbeiten. Unterstützt wird diese Arbeit von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Rahmen dieses Projektes haben wir 2016 die Pilotfassung des zivilgesellschaftlichen Schattenberichts zur Umsetzung der Agenda 2030 produziert (*Spotlight on Sustainable Development 2016*).

Daneben haben wir 2016 das Kooperationsprojekt **Global Policy Watch** fortgesetzt, in dem erstmals GPF New York, GPF Europe und Social Watch zusammenarbeiten. Ziel ist es, aktuelle Informationen und Analysen über die Agenda 2030 und ihre Umsetzung vor allem für Gruppen im globalen Süden bereitzustellen. Gleichzeitig sollen ihre Positionen in die Diskussionen auf UN-Ebene eingespeist und die weltweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen „Watchdog Organisationen“ unterstützt werden. Finanziell gefördert wird dieses Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Die Agenda 2030 und die SDGs: Die Umsetzung nimmt Fahrt auf

Von Jens Martens

Inzwischen ist es fast zwei Jahre her, seit die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedeten. Bereits mit ihrem Titel *Transformation unserer Welt* signalisierten die Regierungen damals den Anspruch, dass die Agenda grundlegende Veränderungen in Politik und Gesellschaft anstoßen sollte. Sie sprachen von einer „äußerst ambitionierten und transformativen Vision“ und einer Agenda „von beispielloser Reichweite und Bedeutung.“¹

UN-Nachhaltigkeitsforum im Zentrum

Auf globaler Ebene spielt das Hocharrangige Politische Forum für nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum, HLPF) eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Das HLPF ist ein zwischenstaatliches Gremium, an dem alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teilnehmen können. Daneben haben auch Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Organisationen weitgehende Beteiligungsmöglichkeiten. Das Forum tagt einmal im Jahr für acht Tage, das nächste Mal vom 10. bis 19. Juli 2017. Es hat allerdings weder konkrete Entscheidungskompetenzen noch eine direkte Koordinationsfunktion gegenüber Regierungen und UN-Organisationen. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch über Strategien zur Umsetzung der Agenda 2030, der Präsentation nationaler (Erfolgs-) Stories und der kritischen Analyse von Hindernissen und Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs.

22 Länder haben beim HLPF 2016 nationale Berichte (die sogenannten *Voluntary National Reviews*) präsentiert, darunter auch Deutschland. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen und Netzwerke haben am Rande der Tagung erste Schattenberichte bzw. *Spotlight Reports* vorgestellt. Das offizielle Ergebnis des Treffens war eine Ministererklärung, die auf fünf Seiten neben einigen diplomatischen Allgemeinplätzen überwiegend Passagen aus der Agenda 2030 wiederholt. Neue Impulse gingen von ihr nicht aus. Für das HLPF 2017 haben bereits 44 Länder nationale Berichte angekündigt, darunter Brasilien, Indien, Japan und Schweden. Der Prozess scheint an Dynamik zu gewinnen.

Noch befindet sich das HLPF in der Probephase. Ob es dem Anspruch einer zentralen Führungsrolle bei der Gestaltung globaler Nachhaltigkeitspolitik gerecht werden kann, werden erst die nächsten Jahre zeigen. Wichtig wird das Jahr 2019, wenn das Forum auf Ebene von Staats- und Regierungschefs tagt.

Knackpunkt nationale Umsetzung

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg der Agenda 2030 und der SDGs ist die Umsetzung auf nationaler Ebene sein. Dazu müssen die Regierungen die allgemeinen Zielvorgaben in politische Handlungsstrategien und konkrete Zeitpläne übersetzen. Auch für Deutschland heißt das, die globalen Ziele und Zielvorgaben an die hiesige Situation anzupassen und die entsprechenden Indikatoren zur Fortschrittmessung auszuwählen. Dies geschah unter anderem auf Basis der Liste von SDG-Indikatoren der Statistikkommission der Vereinten Nationen. Sie hatte eine Liste von 230 Indikatoren im März 2017 verabschiedet (*global indicator framework for the Sustainable Development Goals and targets*).

In Deutschland bildet die nationale Nachhaltigkeitsstrategie den wesentlichen Rahmen für die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele. Grundsätzliche Aufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, das Handeln der Bundesregierung an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Die erste Strategie wurde bereits im Jahr 2002 verabschiedet. Seitdem veröffentlichte die Bundesregierung alle vier Jahre Fortschrittsberichte, mit denen die



1 Vereinte Nationen (2015), Pkt. 5 und 7.

Strategie kontinuierlich fortentwickelt und angepasst wurde. Mit dem Fortschrittsbericht 2016 richtete sie die Strategie mit ihren Zielen und Indikatoren nun vollständig auf die Agenda 2030 und die SDGs aus. Auf Grundlage umfassender Konsultationen wurde die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im Januar 2017 vom Bundeskabinett beschlossen. Darin räumt die Bundesregierung ein:

„(A)uch in Deutschland sind wir an einigen Stellen noch zu weit von einem nachhaltigen Leben, Wirtschaften und Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen entfernt. Aus der Agenda 2030 resultiert daher – wie für alle Staaten – auch für Deutschland ein Transformationsauftrag: Es geht darum, umfassende, beschleunigte Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten und voranzutreiben: in unserer Art zu leben, zu arbeiten, zu konsumieren, in Technologien, Institutionen und Praktiken.“²

Zu diesem Zweck formuliert die Strategie konkrete Nachhaltigkeitsziele und 63 sogenannte Schlüsselindikatoren. Beispiele: Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2020 um 40 Prozent sinken, der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch soll bis 2050 auf 60 Prozent steigen und der ökologische Landbau soll in den nächsten Jahren auf ein Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Fläche wachsen.

Aus entwicklungspolitischer Sicht lautet die zentrale Frage, ob die internationale Verantwortung Deutschlands in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie und ihrem Zielsystem systematisch abgebildet ist. Denn bisher war dies nur ein Randthema und mit zwei Zielvorgaben völlig unzureichend abgebildet. Verglichen damit bedeutet die neue Strategie einen Fortschritt, denn sie geht an wesentlich mehr Stellen auf die internationale Verantwortung Deutschlands ein. Dies geschieht aber weiterhin nicht systematisch, das Ambitionsniveau einiger Ziele ist niedrig und manche Indikatoren aus einer ganzheitlichen Nachhaltigkeitsperspektive fragwürdig. So soll der Anteil der Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern an den Gesamtimporten Deutschlands bis 2030 um 100 Prozent gesteigert werden – ein Ziel, das auch durch den verstärkten Raubbau an Ressourcen in diesen Ländern verwirklicht werden könnte.

Ein weiteres Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, das 0,7-Prozentziel für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung (ODA), hat die Bundesregierung nun bereits formal im Jahr 2016 verwirklicht. Dies gelang allerdings nur dadurch, dass Ausgaben für Flüchtlinge in Deutschland im Umfang von 6,2 Mrd. US-Dollar (25,2 Prozent

der gesamten ODA) auf die deutsche ODA angerechnet wurden.

Die Bundesregierung weist zurecht darauf hin, dass es eine zentrale Anforderung der Agenda 2030 sei, die Kohärenz der Politik zugunsten nachhaltiger Entwicklung zu verbessern.³ Dazu müssten in Bundesregierung und Bundestag auch die erforderlichen institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden. Tatsächlich sieht die neue Nachhaltigkeitsstrategie eine ausdifferenzierte Nachhaltigkeitsarchitektur vor: Die drei wichtigsten Gremien sind der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung und der Rat für Nachhaltige Entwicklung. Sie bestanden allerdings auch bisher. Eine institutionelle Aufwertung, insbesondere des schwachen Parlamentarischen Beirats, gelang nicht. Neu hinzu kommen ein „Forum Nachhaltigkeit“ als regelmäßiges Dialogformat der Bundesregierung mit gesellschaftlichen Akteuren, ein beratendes Gremium gesellschaftlicher Akteure zur Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Staatssekretärsausschusses, sowie die Ernennung von Koordinatoren für nachhaltige Entwicklung in allen Ministerien. Ob dies allerdings ausreicht, um Kohärenz zu gewährleisten und politischen Zielkonflikte im Sinne nachhaltiger Entwicklung auszuräumen, bleibt abzuwarten.



2 Bundesregierung (2017), S. 23.

3 Ebd., S. 43.

Umsetzung der SDGs nicht nur Sache des Bundes

Die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele ist nicht ausschließlich eine Bundesangelegenheit. Auch den Bundesländern und den Kommunen kommt in den Bereichen, für die sie Kompetenzen besitzen und über Kapazitäten verfügen, eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Agenda zu. Einige Landesregierungen, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, haben bereits die Gelegenheit ergriffen und die SDGs in ihren Nachhaltigkeitsstrategien bzw. Landesentwicklungsstrategien berücksichtigt. Und auch auf kommunaler Ebene sind die Agenda 2030 und die SDGs zunehmend ein Thema. 52 Städte, Kreise und Gemeinden, von Freiburg im Süden bis Neumünster im Norden, haben mittlerweile eine Musterresolution des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet (Stand: März 2017). In Nordrhein-Westfalen haben 15 Städte und Kreise, darunter Köln, Dortmund und Bonn, beschlossen, die globalen Nachhaltigkeitsziele auf die kommunale Ebene „herunterzubrechen“ und integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten.

Unterstützt werden diese Aktivitäten durch vier von der Bundesregierung finanzierte Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie (RENN). Der berechtigten Befürchtung, dadurch Doppelstrukturen zu schaffen, wurde begegnet, indem die Netzstellen an bestehende Organisationen angedockt wurden: RENN Nord bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Hamburg e.V., RENN Süd beim Nachhaltigkeitsbüro der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg in Karlsruhe, RENN Mitte beim Verein Zukunftsfähiges Thüringen e.V. in Arnstadt und RENN West bei der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. in Bonn.

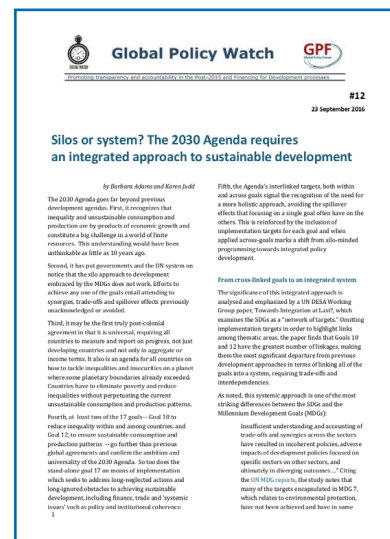
Wesentliche Rolle der Zivilgesellschaft

Die politische Relevanz der Agenda 2030 in Deutschland wird sich darin beweisen, ob zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien von Bund, Ländern und Gemeinden die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden und ihre Umsetzung im Sinne einer kohärenten Gesamtstrategie zur Aufgabe aller Ressorts gemacht wird. Ob dies gelingt, wird auch davon abhängen, in welchem Maße zivilgesellschaftliche Akteure und Medien die SDGs als Referenzrahmen nutzen, sie in der deutschen Öffentlichkeit bekannt machen und kontinuierlich von der Politik ihre Verwirklichung einfordern.

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen nicht abwarten, bis die erforderlichen Reformen auf der politischen Ebene eingeleitet wurden. Bereits jetzt nutzen sie den Umsetzungsprozess der Agenda 2030, um von der kommunalen bis zur globalen Ebene neue Allianzen zu schmieden. Viele sehen einen Mehrwert in einem stärkeren interdisziplinären Austausch von Gruppen aus verschiedenen Arbeitsbereichen rund um die SDGs. Dazu zählen neben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Menschenrechtsorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen.

In jedem Fall bietet der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auf allen Ebenen die Chance, Diskussionsprozesse zu den Fragen zu fördern, wie Wohlstand und gesellschaftlicher Fortschritt definiert werden sollten, und wie die Prinzipien der Solidarität und der globalen Verantwortung angesichts der Grenzen des globalen Ökosystems in konkretes gesellschaftliches Handeln übersetzt werden können.

Derartige gesellschaftliche Diskussionsvorgänge sind kein bloßer Nebeneffekt des SDG-Prozesses auf globaler Ebene. Denn gesellschaftliche Veränderungen können nicht „von oben“ durch die Vereinten Nationen verordnet werden. Die Agenda 2030 und die SDGs können lediglich die Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Veränderungsprozesse befördern. Das kritische Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen und einer informierten Öffentlichkeit bildet die notwendige Erfolgsbedingung dafür, dass die Agenda 2030 dem Anspruch einer Transformationsagenda zumindest in Ansätzen gerecht werden kann.



Weitere Informationen

Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Berlin.
www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2017-01-11-nachhaltigkeitsstrategie.pdf

Jens Martens/Wolfgang Obenland (2016): Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum/terre des hommes.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf
(Neuauflage ist für Mitte 2017 geplant)

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. New York.
www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf

Im Internet

www.2030agenda.de

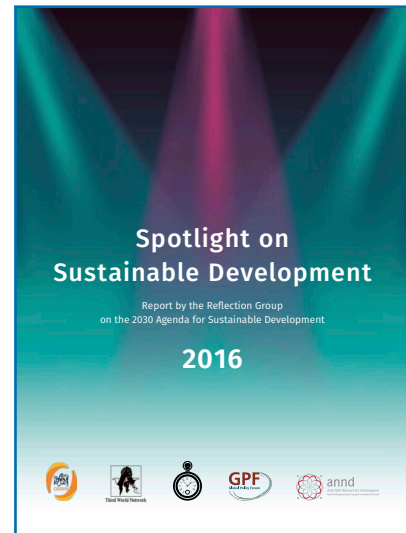
Spotlight on Sustainable Development 2016

Report of the Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development

Independent monitoring and review of the implementation of the 2030 Agenda and its structural obstacles and challenges are key factors for the success of the SDGs. It is for this reason, the Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development together with other civil society organizations and networks has produced the first annual Spotlight Report assessing the implementation of the 2030 Agenda and the structural obstacles in its realization. The report puts a spotlight on the fulfillment of the 17 goals, with a particular focus on inequalities, responsibility of the rich and powerful, means of implementation and systemic issues.

What are currently the main obstacles to achieving the SDGs? Are there transnational spill over effects that influence or even undermine the implementation of the goals? Are the current policy approaches, as they are reflected, inter alia, in the 2030 Agenda, an adequate response to the challenges and obstacles (or are they part of the problem)? What has to be done? Which specific policy changes (at international level) are necessary?

www.2030spotlight.org



Noch lange nicht nachhaltig

Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda | 2016

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) setzt große Ziele und verspricht nicht weniger als die „Transformation unserer Welt“. 193 Mitgliedsstaaten der UN haben die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im September 2015 beschlossen und damit einen globalen Rahmen für die Politik der kommenden Jahre definiert. Die Ziele gelten für jedes Land, für die Länder des globalen Nordens ebenso wie für die des Südens und die sogenannten Schwellenländer. Angesprochen ist die ganze Bandbreite der Politik: Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Finanzen, Agrar- und Verbraucherpolitik, Verkehr, Städtebau, Bildung und Gesundheit.

Die Weltgemeinschaft ist – wie jedes Land – nun in der Pflicht, ihr Versprechen auf eine bessere Welt zu erfüllen. Für die notwendige Kurskorrektur wird entscheidend sein, ob Interessenkonflikte auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene in kohärente Politik im Sinne dieser Ziele umgewandelt werden können. Dafür setzen wir uns ein. Deshalb sind Dialog und Debatte gefragt.

Mit Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2016 – Noch lange nicht nachhaltig haben VENRO, Forum Umwelt und Entwicklung, Forum Menschenrechte, terre des hommes, Open Knowledge Foundation und Global Policy Forum dargelegt, wie es aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ein Jahr nach Verabschiedung der Agenda 2030 um deren Umsetzung in und durch Deutschland steht.

Wie die Verwirklichung der Agenda 2030 in und durch Deutschland vorangebracht werden könnte, dafür zeigt unser Bericht Ansatzpunkte. 40 Expertinnen und Experten ziehen kritisch Bilanz über Deutschlands Beiträge zur Erreichung der SDGs sowohl zu Hause als auch global. Sie erkennen Schwächen und Anknüpfungspunkte für Reformen und fordern wirksame Schritte von Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

www.2030report.de



2. Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung

Überblick

Während des Jahres 2016 haben wir uns im Programmbereich „Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung“ auf die sogenannten *Means of Implementation* der 2030-Agenda konzentriert sowie auf die Stärkung globaler Institutionen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen. Dabei steht im Zentrum unserer Arbeit, welche Veränderungen in den Ländern des globalen Nordens nötig sind, um den Ländern des Südens die nötigen Spielräume zu eröffnen, Ihre Prioritäten in der Verwirklichung der Agenda 2030 tatsächlich zu realisieren.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2016 in drei Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinn befasst.

In enger Kooperation mit MISEREOR haben wir die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortgesetzt, die sich schwerpunktmäßig dem Thema „Steuergerechtigkeit“ widmete. 2016 haben wir die Thematik v.a. durch Arbeit zur internationalen Kooperation in Steuerfragen weitergeführt, eines der großen Themen schon während der Addis-Abeba-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung 2015. Unter anderem haben wir die Arbeit des UN-Expertenausschusses zur internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen (UN Committee of Experts on International Cooperation in Tax Matters) begleitet und wiederholt für dessen Komplementierung durch ein politisches Gremium mit universeller Mitgliedschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen argumentiert. Zu dieser Arbeit gehörten die Veröffentlichung eines Policy Papers (veröffentlicht mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und MISEREOR) sowie Veranstaltungen in New York.

Weiterhin haben wir die Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz von Addis Abeba verfolgt. Dazu haben wir uns aktiv an der ersten Umsetzungstagung, dem sogenannten ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up im April 2016 eingebracht und in Deutschland über die Ergebnisse in einem Briefing Paper informiert. Auch im Rahmen unseres Projekts Global Policy Watch haben wir Themen der Entwicklungsfinanzierung aufgegriffen, u.a. im Kontext des High-level Political Forums on Sustainable Development im Juli 2016. Zuletzt haben wir auf die nötige Finanzpolitische Flankierung von Nachhaltigkeitspolitik hingewiesen in dem von uns mit herausgegebenen Schattenbericht zu Umsetzung der 2030-Agenda in und durch Deutschland *Noch lange nicht nachhaltig – Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2016*.

Steuerpolitik als Beitrag zur Bekämpfung globaler Ungleichheiten

Von Wolfgang Obenland

Die Beziehungen zwischen deutscher und europäischer Politik und der Entwicklung von (Einkommens-)Ungleichheit in und zwischen Ländern sind vielfältig. Unter anderem können verfehlte Agrar- oder Investitionspolitik dazu führen, dass Lebensgrundlagen zerstört oder Sozialsysteme geschwächt werden. Die Länder Europas und die Europäische Union haben es in der Hand, mit einer gerechten Finanzpolitik die Schere innerhalb der Länder sowie zwischen ihnen zu verkleinern und der dramatischen Verschärfung der Ungleichheit entgegenzuwirken.

In den letzten Jahren medial und politisch immer stärker in den Vordergrund gerückt sind dabei die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen sowie die sogenannten illegitimen Finanzflüsse. Diese führen dazu, dass viele Länder des globalen Südens noch nicht ausreichend dazu in der Lage sind, aus eigenen Anstrengungen z. B. die SDGs zu verwirklichen, also etwa nötige Investitionen in Infrastruktur und Bildung zu tätigen, die Energieversorgung sicherzustellen oder Sozialsysteme auch für die Ärmsten zu finanzieren. Außerdem spricht viel dafür, dass Ungleichheiten finanzieller Art durch Steuervermeidungspraktiken vergrößert werden, denn transnationale Unternehmen und reiche Personen profitieren überproportional von den derart zu realisierenden Extragewinnen. Dass funktionierende – und entsprechend gestaltete – Steuersysteme einen Beitrag zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung leisten können, ist vielfach belegt.

Illegitime Finanzflüsse stammen u. a. aus kriminellen Aktivitäten, aus Schwarzhandel mit Waffen, Menschen und Drogen. Allerdings bilden diese Aktivitäten – zumindest finanziell gesehen – nur die Spitze des Eisbergs. Viel gravierender, v. a. für die Wirtschafts- und Finanzsysteme der Länder des globalen Südens, sind die Verluste, die durch Steuervermeidungspraktiken transnationaler Konzerne entstehen. Dabei geht es um künstliche Gewinnverlagerungen, um falsch deklarierte Preise für Im- und Exporte sowie um die Gewährung von Steuerbefreiungen für Investitionen oder bestimmte Güter. Das Washingtoner Forschungsinstitut Global Financial Integrity schätzt, dass im Jahr 2014 allein zwischen 620 und 970 Milliarden US-Dollar aus Ländern des globalen Südens abgeflossen sind. Von dieser immensen Summe gehen mehr als 87 Prozent auf das Konto von Steuer- und Verrechnungstricks transnationaler Konzerne.⁴ Wie gewaltig die Finanzflüsse und ihre Folgen sind, zeigt auch eine Studie des Tax Justice Network von 2012. Deren Autoren schätzen, dass etwa 21 Billionen US-Dollar in Schattenfinanzzentren gebunkert werden und in den bestehenden Berechnungen von Ungleichheitswerten gar nicht auftauchen, weshalb alle Statistiken zu Vermögens- bzw. Einkommensungleichheit zur Makulatur werden.⁵

Auch wenn keine belastbaren Zahlen darüber vorliegen, wo genau die illegitimen Finanzflüsse letztlich ankommen, lässt sich festhalten, dass auch Europa reformbedürftig ist, was die Anfälligkeit seiner Finanzsysteme für Geld aus fragwürdigen Quellen angeht. Das Tax Justice Network bewertet mit seinem Schattenfinanzindex seit 2009 das Ausmaß der Geheimhaltung in Finanzfragen verschiedener Rechtsgebiete und Länder – den wichtigsten Faktor bei der Auswahl von Anlagegebieten für Gelder aus zweifelhaften Quellen. 2015 landeten mit der Schweiz, Luxemburg und Deutschland gleich drei europäische Länder unter den Top 10 des Schattenfinanzindex. Würde man alle von Großbritannien abhängigen Gebiete zum Vereinigten Königreich hinzuaddieren, stünde es als viertes europäisches Land unanfechtbar an der Spitze der Schattenfinanzzentren.⁶

4 Vgl. Global Financial Integrity (2017).
 5 Vgl. Shaxson/Christensen/Mathiason (2012).
 6 Vgl. Tax Justice Network (2015).

BRIEFING



Mühsamer Start
Die Mittel zur Umsetzung der 2030-Agenda auf dem Prüfstand

von Wolfgang Obenland

September 2016

Die Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und Ziel 16 der Sustainable Development Goals (SDG), erfordert massive finanzielle und politische Anstrengungen. Nur wenn die Regierungen die notwendigen Mittel zur Umsetzung bereitstellen, werden die wesentlichen Nachhaltigkeitsziele erreicht. Die 2030-Agenda enthält ein klares Signal: Bis 2030 sind 1,7 Billionen US-Dollar (170 Mrd. Euro) zusätzlich zu investieren. Zusätzlich wurde bei der 7. Intersession Fortschritte über die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 in der 2016-er Sitzung von Mitgliedern und Beobachtern der UN zur Umsetzung der 2030-Agenda erörtert.

Die Realisierung der in der 2030-Agenda enthaltenen Ziele ist von der Umsetzung der SDG-Strategie abhängig. Die Realisierung der Ziele ist von der Umsetzung der SDG-Strategie abhängig.


Die Mittel zur Umsetzung der 2030-Agenda

Die Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und ihrer Ziele (Sustainable Development Goals, SDG) erfordert massive finanzielle Anstrengungen. Nur wenn die Regierungen die notwendigen Mittel zur Umsetzung bereitstellen, werden die wesentlichen Nachhaltigkeitsziele erreicht. Die 2030-Agenda enthält ein klares Signal: Bis 2030 sind 1,7 Billionen US-Dollar (170 Mrd. Euro) zusätzlich zu investieren. Zusätzlich wurde bei der 7. Intersession Fortschritte über die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 in der 2016-er Sitzung von Mitgliedern und Beobachtern der UN zur Umsetzung der 2030-Agenda erörtert.

Zusätzlich kamen die Regierungen bereits im Juli 2016 im Abschlussdokument der 3. Interministerialen Konferenz über Entwicklungsförderung, die Abkommen von Addis Abeba (AKA), weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda erörtern. Die Abkommen betrafen insbesondere Kapital, Technologie, Innovation, Wirtschaft und Finanzen, internationale Entwicklungszusammenarbeit, internationale Handel, die Arbeit für Entwicklung, Vorschulbildung und Schuldemerkmale, regionale Fragen sowie Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kapazitäten.

Im Rahmen der Abkommen von Addis Abeba erörtern die Regierungen, ein Forum für Entwicklungsförderung unter dem Dach der

BRIEFING



Options for Strengthening Global Tax Governance

WOLFGANG OBEHLAND
November 2016

The importance of global cooperation on tax issues is becoming more and more evident. Countries in the global North and South alike have been shown to offer preferential treatment to taxpayers, both individuals and large transnational corporations, are using a fragmented and inconsistently regulated global system of tax-treatment to evade and/or avoid taxes. The same has amounted to hundreds of billions annually.

Among the latest efforts to curb losses from an eroding tax base, tax avoidance and evasion are occurring under the roof of the OECD – most notably the BEPS Base Erosion and Profit Shifting process and the inclusion framework for its implementation – as well as reforms at the United Nations and the establishment of a Platform for Collaboration on Tax between the Bretton Woods Institutions, the OECD and the UN.

However, gaps in global tax governance remain both in the institutional setting and with regard to substantive issues. For example, there is still no body with universal membership that could discuss issues that are of particular importance to countries in the Global South, such as the taxation of resource extraction, tax competition and preferential tax regimes or the source and residence principles.

In order to fill these gaps, other existing institutions need to be further developed, or new ones established, or both. In any case, a new body would have to perform explicit functions and meet particular criteria with regard to composition. This paper formulates options for achieving this.

4 Vgl. Global Financial Integrity (2017).
 5 Vgl. Shaxson/Christensen/Mathiason (2012).
 6 Vgl. Tax Justice Network (2015).

Weil auch europäische Länder vom Phänomen der ungenügenden Besteuerung transnationaler Konzerne – auch als Ergebnis der konkurrierenden Steuerpolitik zwischen den europäischen Ländern – betroffen sind, wurden in den letzten Jahren diverse politische Programme zu seiner Behebung aufgelegt, z. B. das Projekt *Base Erosion and Profit Shifting* von OECD und G20. Allerdings konzentrieren sich die darin vorgesehenen Maßnahmen vornehmlich auf die Probleme reicherer Länder. Spezifische Schwierigkeiten der Länder des Südens, die etwa aus unterausgestatteten Finanz- und Steuerverwaltungen, der großen Bedeutung von Ressourcenexporten oder der großen Nachfrage nach Direktinvestitionen rühren, werden darin nicht ausreichend berücksichtigt.

Um diese Probleme auf globaler Ebene anzugehen, hatten sich die Länder der G77 – der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Vereinten Nationen – bei der Dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba, die sich im Juli 2015 auch mit den Umsetzungsmitteln für die Agenda 2030 befasste, für eine Stärkung der UN im Steuerbereich eingesetzt. Die Vorschläge, z. B. zur Schaffung eines UN-Gremiums zur stärkeren Zusammenarbeit der Regierungen im Steuerbereich, konnten sich gegen die Position der Länder des Nordens aber nicht durchsetzen, die weiterhin auf die Kapazitäten der OECD vertrauen.⁷ Im September 2016 hat die Regierung Ecuadors den Vorschlag im Rahmen der Generalversammlung erneuert.⁸ Zur Stärkung der Steuersysteme in den Ländern des globalen Südens haben Deutschland, die USA, die Niederlande und andere Regierungen in Addis Abeba aber die *Addis Tax Initiative* ins Leben gerufen, die die Mittel verdoppeln soll, die für den Auf- bzw. Ausbau von Verwaltungsstrukturen zur Verfügung gestellt werden.⁹



Side-Event während des Treffens des UN-Tax Committee im Dezember 2016

Noch nicht genügend Aufmerksamkeit genießen die Auswirkungen von Doppelbesteuerungsabkommen auf die Entwicklung der Steuerbasis in Ländern des Südens. In diesen Abkommen werden die Besteuerungsrechte, z. B. für Tochterfirmen oder Niederlassungen, festgelegt sowie Quellensteuersätze für expatriierte Gewinne. Bei entsprechender Ausgestaltung können solche Doppelbesteuerungsabkommen zur faktischen Schrumpfung der Steuerbasis v. a. in Entwicklungsländern führen. Einige Länder wie die Schweiz, Niederlande und Irland (nicht Deutschland) haben dazu *spill over*-Analysen vorgelegt; eine systematische Auswertung dieser Analysen und eine Revision der Abkommen stehen aber noch aus.

Nähme die EU die Bekämpfung von Flucht- und Migrationsursachen ernst, würde sie ihre Opposition gegen die stärkere Einbeziehung der ärmeren Länder in die globale Steuerpolitik aufgeben und ihre eigenen Regeln bzw. Abkommen stärker auf deren Auswirkungen auf die Länder des globalen Südens hin untersuchen. Denn genauso, wie die EU-Mitgliedsländer bspw. unter den von Irland gewährten Steuerprivilegien für Apple leiden, leiden die Entwicklungsländer unter der steuerpolitischen Patronage, die die EU und ihre Mitglieder für „ihre“ Konzerne anderenorts bereitstellen.

7 Vgl. Obenland (2016).

8 Vgl. Correa (2016).

9 Vgl. www.addistaxinitiative.net.

Literatur und weitere Informationen

Braunsdorf, Felix (Hrsg.) (2016): Fluchtursachen „Made in Europe“: Über europäische Politik und ihren Zusammenhang mit Migration und Flucht. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/12983-20161207.pdf>

Correa, Rafael (2016): Tax Havens Are A Global Shame. Now Is The Time To Put An End To Them, in: Huffington Post am 27.9.2016.

www.huffingtonpost.com/entry/tax-havens-are-a-global-shame-now-is-the-time-to-put-an-end-to-them_us_57e99fdce4b082aad9b64335

Global Financial Integrity (2017): Illicit Financial Flows to and from Developing Countries: 2005–2014. Washington, D.C.

www.gfintegrity.org/wp-content/uploads/2017/05/GFI-IFF-Report-2017_final.pdf

Obenland, Wolfgang (2016): Options for strengthening global tax governance. International Policy Analysis. Aachen/Bonn/New York, Global Policy Forum/Friedrich-Ebert-Stiftung/MISEREOR.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/12958.pdf

Shaxson, Nicholas/Christensen, John/Mathiason, Nick (2012): Inequality – You Don't Know the Half of It. London, Tax Justice Network.

www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Inequality_120722_You_dont_know_the_half_of_it.pdf

Tax Justice Network (2015): Financial Secrecy Index – 2015 Results.

www.financialsecrecyindex.com/introduction/fsi-2015-results

Im Internet

<https://steuergerechtigkeit.blogspot.de>

www.globalpolicywatch.org

3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

Überblick

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt von GPF im Jahr 2016 lag in den Themenbereichen Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Dies geschah insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und MISEREOR und mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Fokus unserer Arbeit stand dabei die Kooperation zwischen privaten Stiftungen und der deutschen Entwicklungspolitik. Daneben beobachteten wir die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf deutscher und UN-Ebene. Wir wirkten hierzu an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2016 in drei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale und internationale Politikprozesse und deren Regulierung befasst.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts „Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit“ mit Brot für die Welt und MISEREOR verfassten wir eine Studie zur Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungspolitik und privaten Stiftungen, insbesondere der Bill & Melinda Gates Foundation. In der Publikation *Wirtschaft Macht Politik* beschreiben mehrere Autorinnen und Autoren den Unternehmenseinfluss in verschiedenen Politikbereichen und Ansätze zu dessen Begrenzung.

Wir verfassten ein Kurzpapier zu dem neuen Rahmenwerk der Weltgesundheitsorganisation (*Framework of engagement with non-State-actors*, FENSA), das u.a. die Zusammenarbeit der WHO mit der Wirtschaft und privaten Stiftungen regelt. Ein weiteres Kurzpapier berichtete von der zweiten Tagung der Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates zur Erstellung eines verbindlichen Menschenrechtsabkommens (*Treaty*) für transnationale Konzerne und andere Unternehmen. Der sogenannte Treaty-Prozess wurde auch auf der, mit mehr als 160 Teilnehmenden gut besuchten, gemeinsamen Fachtagung „Rechte für Menschen, Regeln für Unternehmen!“ mit dem CorA-Netzwerk Anfang November 2016 in Berlin behandelt.

Im Rahmen des Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten wir im Herbst 2016 drei Veranstaltungen (Berlin, New York und Genf), bei denen die englischsprachige Publikation zum Treaty vorgestellt und gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft über den Prozess diskutiert wurde.

Um den Prozess zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche **Treaty Alliance** wird von GPF koordiniert.

Zusammenarbeit nicht um jeden Preis!

Die Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungspolitik und der Bill & Melinda Gates Foundation

Von Jens Martens und Karolin Seitz

Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz traf sich Mitte Februar Bundesentwicklungsminister Gerd Müller mit dem Microsoft-Gründer und Multimilliardär Bill Gates, um eine neue Kooperationsvereinbarung (*Memorandum of Understanding, MoU*) zu unterzeichnen. Mit ihr soll die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung intensiviert werden.

Das BMZ arbeitet bereits seit einigen Jahren verstärkt mit privaten Stiftungen zusammen. Im Mai 2016 hat es dazu eine spezielle „Servicestelle für Stiftungen und Philanthropen“ ins Leben gerufen. Sie soll als zentrale Anlaufstelle dienen, um gemeinsame Initiativen und Kooperationen vor allem mit kleineren Privatstiftungen zu planen.

Die Kooperation mit Bill und Melinda Gates und ihrer Stiftung ist für das BMZ dagegen „Chefsache“. Bereits im April 2011 hatten der damalige Entwicklungsminister Dirk Niebel und Bill Gates ihre Kooperation in einem MoU verankert. Es war die erste derartige Vereinbarung zwischen dem BMZ und einer privaten Stiftung.

Die Gates-Stiftung ist mit einem Kapital von 39,6 Milliarden US-Dollar (Ende 2015) und einem jährlichen Fördervolumen von 4,2 Milliarden US-Dollar (2015) weltweit die mit Abstand finanzstärkste Stiftung. Der finanzielle Beitrag der Gates-Stiftung für Kooperationsprojekte mit dem BMZ übersteigt den Beitrag anderer privater Geber bei Weitem.

Insgesamt hat die Gates-Stiftung sich seit dem Jahr 2008 mit 154,1 Millionen Euro an 15 Kooperationsprojekten mit öffentlichen Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beteiligt. Davon gingen 107,5 Millionen an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), 34,3 Millionen an die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), 12,1 Millionen an die KfW Entwicklungsbank und 233.308 Euro an das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Die Bundesregierung beteiligte sich ihrerseits insgesamt mit rund 89,1 Millionen Euro an den Kooperationsprojekten. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt bis heute im Ernährungs- und Landwirtschaftsbereich.

Vertiefte Zusammenarbeit: Das neue MoU zwischen BMZ und Gates

Im neuen MoU zwischen BMZ und Gates-Stiftung werden zunächst gemeinsame Prinzipien, Ziele und Methoden der entwicklungspolitischen Kooperation festgehalten. Eine vertiefte Zusammenarbeit soll es zukünftig in den Bereichen finanzielle Inklusion, Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung, Gesundheit sowie Wasser- und Sanitärversorgung geben. Außerdem wollen BMZ und Gates-Stiftung Entwicklungsländer in der Stärkung ihrer Steuersysteme und Steuerverwaltung unterstützen.

Wie bereits im vorhergehenden MoU ist ein wichtiges Element der Vereinbarung die Einbindung des privaten Sektors in die gemeinsamen Vorhaben. Die Gates-Stiftung legt dabei besonderen Wert auf rasch sichtbare Resultate. Schlüsselbegriffe der Kooperation sind „Ergebnis- und Wirkungsorientierung“, „Skalierbarkeit“, „schnelle Breitenwirkung“ und „privatsektornaher Effizienz“.



Kritik an Kooperation wächst

Bisher herrschte in der Politik meist ein unerschütterliches Vertrauen in die positive Rolle von philanthropischen Stiftungen wie der Gates-Stiftung. Zivilgesellschaftliche Gruppen wie das African Centre for Biodiversity (ACB) sehen das anders. Sie weisen seit Jahren auf die schädlichen Effekte der Aktivitäten der Gates-Stiftung hin, insbesondere im Agrarsektor. Die wesentlichen Kritikpunkte zivilgesellschaftlicher Gruppen lauten:

September 2016

FENSA – a fence against undue corporate influence?

The new Framework of Engagement with non-State Actors at the World Health Organization

by Karolin Setz

After several years of intense discussions and negotiations, the World Health Assembly (WHA) adopted the World Health Organization's Framework of Engagement with non-State Actors (FENSA) on 28 May 2016. The establishment of the framework was a response to the growing concerns of many governments and civil society organizations about the corporate influence on the World Health Organization's (WHO) normative and operational activities. The objective of the new framework was therefore to provide guidelines for clear and informed decision making on WHO's engagement with non-State actors, and to improve transparency and accountability.

FENSA constitutes a precedent. It is the first comprehensive regulatory framework within the United Nations system that covers all types of interaction with non-State actors, including nongovernmental organizations, private sector entities, philanthropic foundations, and academic institutions. Some observers regard FENSA as a major step forward and an adequate safeguard against undue private influence. Other critics in principle of "inclusiveness" and the equal treatment of public interest and to public interest groups. It remains controversial if FENSA can serve as a blueprint for future regulatory frameworks of other UN agencies and programs in their engagement with non-State actors.

This briefing paper provides an overview on the recently adopted framework, it outlines the process leading up to the document, presents the agreed provisions, describes lobbying strategies by the private sector, and discusses the final outcome.

Background

In recent years, the global health architecture has become complex and fragmented. More and more private actors have been entering the scene and have expanded their relations with the World Health Organization (WHO).

In light of the growing role of corporate philanthropy and private companies in the WHO's decision-making process, many governments and civil society organizations (CSOs) have called for a comprehensive and effective system of the principles and guidelines that govern WHO's engagement with non-State actors, particularly the "guidelines on working with the private sector to advance health outcomes" of 2007. They were seen as an influence by many member states and civil society organizations. WHO Director-General Margaret Chan reaffirmed the importance of public interest safeguards in a speech at the 9th Global Conference on Health Promotion in June 2015.

1. [WHO, 2015. Global Conference 'Promoting Health Outcomes' 2015. Summary of the 9th Global Conference on Health Promotion, 24-28 October 2015, Geneva, Switzerland. \[http://www.who.int/mediacentre/news/2015/9th-global-conference-on-health-promotion-2015\]\(#\)](#)

Dezember 2016

"Morality cannot be legislated, but behavior can be regulated"

Bericht über die zweite Tagung der UN-Arbeitsgruppe zur Erstellung eines verbindlichen Rechtsinstruments zur Wirtschaft und Menschenrechten, 24.-28. Oktober 2016, Genf

von Karolin Setz

Am 26. Juli 2014 wurde der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (HRC) auf Initiative Ecuador und Südafrika eine Arbeitsgruppe im Bereich Wirtschaft, Soziales und Umwelt zu formieren, um ein verbindliches Instrument zu formulieren, um den transnationalen Konzernen (TNCs) und anderen Wirtschaftssubjekten für ihre Verantwortung zur Verantwortung gezogen werden können. Vom 8.-20. Juli 2016 tagte die Arbeitsgruppe (Open-ended intergovernmental working group of trade national corporations and other business enterprises) in Genf über die Rechte der Arbeitnehmer (ILO) oder (OSG) zum ersten Mal. Die zweite Tagung fand vom 24.-28. Oktober 2016 statt.

Die Diskussionen über dieses Tagungsthema sind nicht mehr an die grundsätzliche Frage, ob ein verbindliches Rechtsinstrument über die Wirtschaft und Soziales notwendig ist, sondern es bezieht sich vielmehr auf mögliche Elemente eines Textes.

Themen der zweiten Tagung der UN-Arbeitsgruppe waren unter anderem:

- Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Aktivitäten transnationaler Konzerne und anderer Unternehmen und die damit einhergehenden rechtlichen Herausforderungen;
- die praktischen Verantwortlichkeiten, mit besonderem Blick auf rechtsverbindliche und praktische Herausforderungen bzgl. internationaler Pflichten und nationaler Sovereignty;
- Pflichten und Verantwortlichkeiten von Unternehmen, insbesondere Beispiele aus internationalen Rechts;
- Ansatz zur Klärung rechtlicher, völkerrechtlicher und zivilrechtlicher Haftung von Unternehmen;
- der Geltungsbereich des zukünftigen Instruments für TNCs, andere Unternehmen, Subsidiarität und nationale Unternehmen;
- Verrückung der Zusammenarbeit zur Privatisierung, Abhängigkeit und Zugang zu Recht auf nationaler und internationaler Ebene;
- die weitere Umsetzung der UN-Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten (UNGPs);
- die Kompatibilität von Texten mit dem UNGPs;
- die Frage, wie ein Text den Zugang zu Recht für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen verbessern könnte.

1. [ILO, 2016. Report of the Open-ended intergovernmental working group of trade national corporations and other business enterprises. \[http://www.ilo.org/ilolex/cgi-bin/ilo/lex/treaties-lde.nsf/\\(Symbol\\)/ILO-NGP-2016-01-01\]\(#\)](#)

1. Entwicklung als business case: Die Gates-Stiftung setzt in ihren Aktivitäten auf unternehmens- und marktbasierende Instrumente. Dabei legt sie einen besonderen Schwerpunkt auf messbare Ergebnisse und kurzfristige Wirkungen. Ein solcher Ansatz wäre weniger problematisch, wenn ihre auf kurzfristige Erfolge ausgerichteten Aktivitäten komplementär zu den längerfristigen Maßnahmen von Regierungen und internationalen Organisationen wären. Das Lobbying der Gates-Stiftung und die gezielte Koppelung von Finanzzusagen an die gleichzeitige Bereitstellung öffentlicher Mittel hatten jedoch zur Folge, dass auch knappe öffentliche Gelder in die von Gates favorisierten *quick-win*-Bereiche flossen. Strukturelle Maßnahmen wie der flächendeckende Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme oder die Förderung von agrarökologischen Anbauverfahren wurden dagegen vernachlässigt.

2. Technologiegläubigkeit: Für Bill und Melinda Gates liegt der Schlüssel zur Überwindung von Krankheiten und zur Lösung des globalen Hungerproblems in modernen Technologien. Im Agrarsektor spiegelt sich dies in der Strategie der Gates-Stiftung wider, mit Hilfe von Gentechnik, Hybrid-Saatgut, chemischen Düngern und Pestiziden die afrikanische Landwirtschaft zu „modernisieren“. Dabei ignoriert die Stiftung aber die Risiken, die mit diesen Technologien einhergehen. Durch ihren einseitigen Fokus auf technologische Lösungen unterminiert die Gates-Stiftung alternative Konzepte nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährungssicherung, wie sie zum Beispiel der Weltagrarbericht 2009 vorgelegt hat.

3. Förderung von Privatisierungstrends: Die Gates-Stiftung machte die Einbeziehung des Privatsektors und die Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) zu einer wesentlichen Voraussetzung für ihre finanzielle Unterstützung. Nicht selten tragen von der Gates-Stiftung finanzierte Projekte entweder beabsichtigt oder de facto zur Privatisierung grundlegender Dienstleistungen bei, insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich. Die Gates-Stiftung ist aber auch Finanzier und oft treibende Kraft hinter globalen Partnerschaften. Mit ihnen wurden zum Teil Aufgaben und Entscheidungsprozesse aus den eigentlich zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen unter dem Dach der Vereinten Nationen ausgelagert.

4. Mangelnde Transparenz und Rechenschaft: Stiftungen wie die Gates-Stiftung sind weder gegenüber der Bevölkerung noch gegenüber den Empfängern ihrer Fördermittel rechenschaftspflichtig, seien es Regierungen, internationale Organisationen oder lokale Gemeinschaften. Dagegen werden den Mittelempfängern von der Gates-Stiftung umfassende Berichtspflichten auferlegt. Dies gilt auch für die deutschen Kooperationspartner der Stiftung, allen voran GIZ und KfW. In der Partnerschaft zwischen BMZ und Gates-Stiftung wird die „Beweislast“ de facto umgekehrt.

Politischer Handlungsbedarf: Klare Kriterien für die Kooperation mit Gates und Co.

Die Bundesregierung bewertet die bisherige Zusammenarbeit mit der Gates-Stiftung dennoch durchweg als Erfolg. Mögliche Risiken oder Probleme der Zusammenarbeit sind für sie – zumindest öffentlich – kein Thema. Kriterien und Standards für solche Kooperationen existieren auf Seite der Bundesregierung bisher nicht. Die Formulierung verbindlicher Leitlinien, die Regeln, Standards und auch „rote Linien“ definieren, ist überfällig.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Bundesregierung solche Kooperationen aktiv vorantreiben sollte. Die zentrale Frage lautet, ob derartige Kooperationen, selbst wenn sie isoliert betrachtet sinnvoll erscheinen mögen, nicht knappe öffentliche Entwicklungsgelder absorbieren, die an anderer Stelle nachhaltiger und effektiver eingesetzt wären.

Darüber hinaus müssen weitere Voraussetzungen geklärt sein: Tragen die Kooperationsprojekte zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den jeweiligen Ländern bei und beziehen sie die Vorstellungen der zivilgesellschaftlichen Zielgruppen in die Projektgestaltung mit ein? Fördern sie den Aufbau demokratischer öffentlicher Strukturen und Institutionen, etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich, oder unterminieren sie sie eher? Unterstützen sie multilaterale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation dabei, ihr Mandat zu erfüllen – oder schwächen sie sie durch den Aufbau von Parallelstrukturen? Wenn diese Fragen nicht eindeutig mit Ja beantwortet werden können, sollte die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit der jeweiligen Stiftung grundsätzlich oder zumindest in dem betreffenden Kooperationsprojekt überdenken.



Side-Event während der Sitzung des Menschenrechtsrats im Oktober in Genf

Weitere Informationen

Martens, Jens/Seitz, Karolin (2016): Entwicklungspolitik: Großzügig? Wohltätig? Mächtig! Der Boom der privaten Stiftungen. In: *iz3w*, Ausgabe 356, S. 10f.

Martens, Jens/Seitz, Karolin (2016): Gestiftete Entwicklung? Die Kooperation der deutschen Entwicklungspolitik und privaten Stiftungen. Aachen/Berlin/Bonn: Brot für die Welt/Global Policy Forum/Misereor.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Gestiftete_Entwicklung_final.pdf

Im Internet

www.globalpolicy.org/corporate-influence.html

III. Finanzbericht 2016

Die finanzielle Entwicklung von GPF Europe verlief auch 2016 erfreulich. Das Jahr konnte mit einem Überschuss in Höhe von 19.548,76 Euro und einer ausgeglichenen Bilanz abgeschlossen werden (s. Tabelle). Der Umsatz stieg deutlich von 253.377,06 Euro auf 319.865,71 Euro (s. Grafik).

Größte Ausgabenposten waren die Personalkosten, die Büromiete sowie Reise- und Veranstaltungskosten. Wichtigste Partner waren im Jahr 2016 terre des hommes, MISEREOR und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Weitere wichtige Geldgeber waren die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Engagement Global gGmbH. Sie unterstützten unsere Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen.

Zusätzlich erhielt GPF Europe 2016 Mittel der Heinrich-Böll-Stiftung für eine Publikation, die sich mit dem Einfluss von Wirtschaftsinteressen auf die G20 befasst. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte unser Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (*Treaty-Prozess*). Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) unterstützte unsere Koordinations- und Redaktionstätigkeit im Rahmen des deutschen Schattenberichts zur Agenda 2030.

Schließlich erhielten wir Mittel aus dem gemeinsamen Kooperationsprojekt mit Social Watch zum Thema Monitoring, Advocacy und Networking im Zusammenhang mit der Agenda 2030 der UN (*Global Policy Watch*, www.globalpolicywatch.org). Das Instituto del Tercer Mundo erhielt als formaler Träger von Social Watch für dieses Projekt einen Zuschuss des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Da viele Aktivitäten von GPF Europe in Zusammenarbeit mit anderen NGOs und Stiftungen durchgeführt wurden, wurde ein Teil der Projektkosten (Veranstaltungen, Reisekosten etc.) direkt von diesen Kooperationspartnern getragen. Das gilt zum Beispiel für gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Weiterhin besteht die Hauptaufgabe darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit von GPF Europe über punktuelle Einzelvorhaben hinaus auf eine langfristig stabile Finanzgrundlage zu stellen.

Für den Zeitraum bis Ende 2018 ist dies durch die Fortsetzung bzw. Erneuerung von Kooperationsvorhaben mit MISEREOR und Brot für die Welt sowie der Förderung durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global gGmbH gelungen. Bei anderen Geldgebern und Partnern steht die Weiterführung der Kooperation bzw. Unterstützung für den Zeitraum ab 2018 an.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, war bisher der Ausbau der satzungsmäßigen Rücklagen dringend erforderlich. Sie konnten 2016 auf insgesamt 101.931,95 Euro gesteigert werden (s. Grafik). Nur so können bei Bedarf Liquiditätsengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden.

Abbildung 1 — Umsatz GPF Europe 2004-2016 (in Euro)

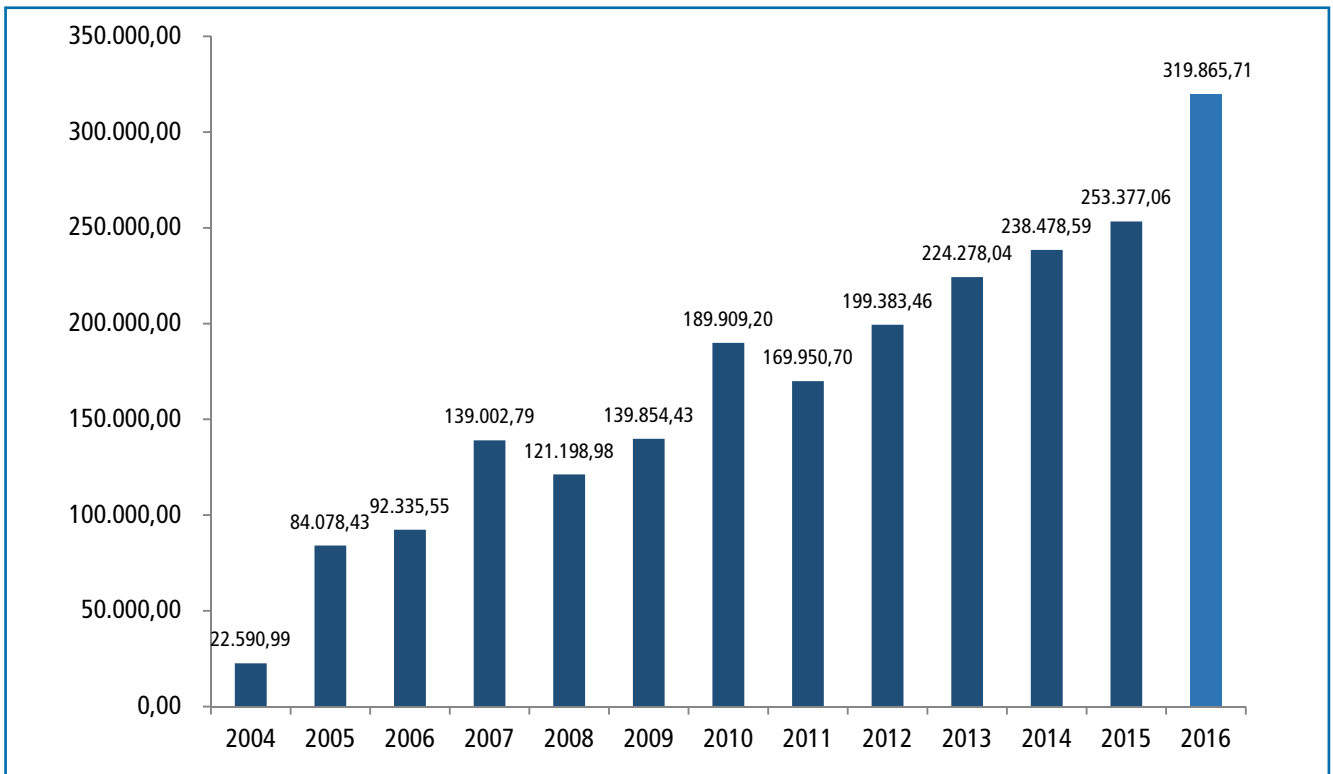
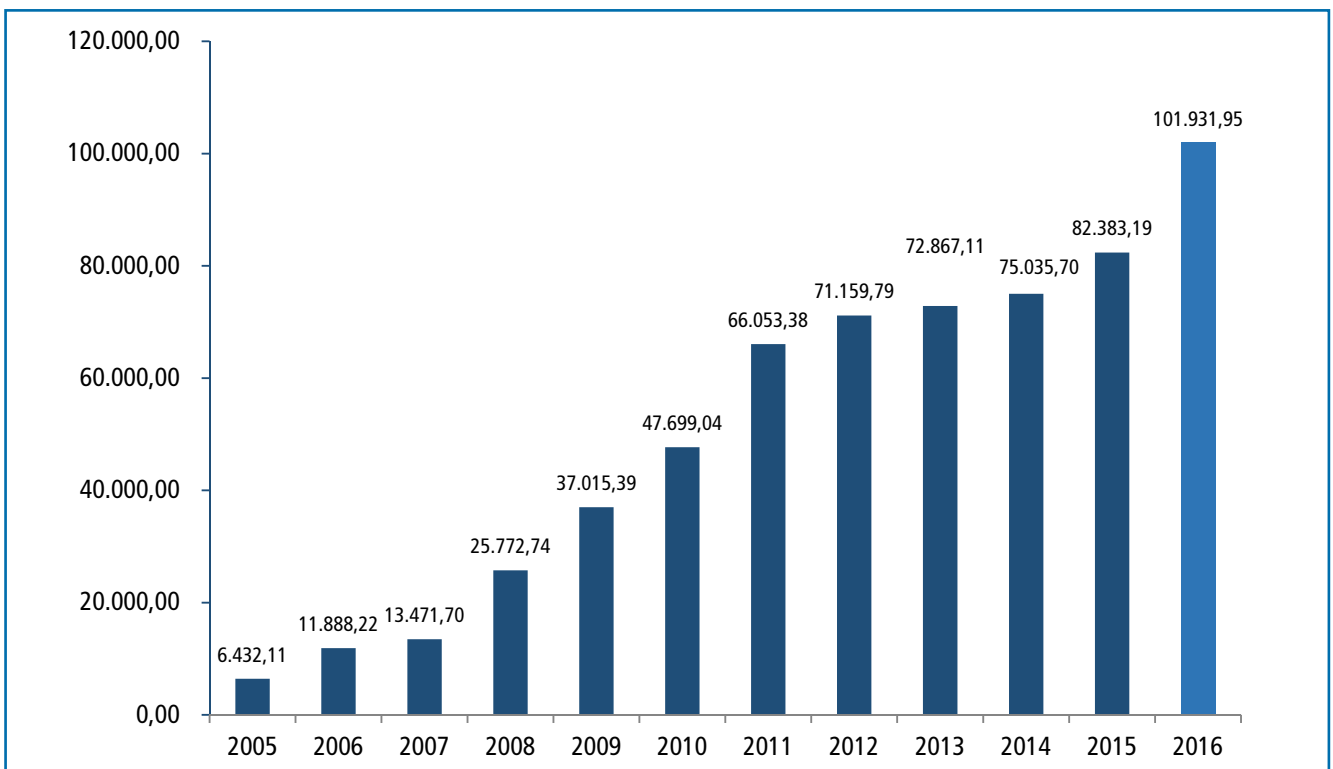


Abbildung 2 — Rücklagen GPF Europe 2004-2016 (in Euro)



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016












Beträge in Euro

Bilanz	2016	2015
Aktiva		
A. Anlagevermögen	2.729,00	2.326,00
B. Umlaufvermögen	104.834,49	79.699,74
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.270,00	20.791,92
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	1.000,00
3. Kassenbestand und Bankguthaben	90.564,49	57.907,82
C. Rechnungsabgrenzungsposten	830,00	830,00
Summe	108.393,49	82.855,74
Passiva		
A. Eigenkapital	101.931,95	82.383,19
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	101.931,95	82.383,19
2. Bilanzgewinn	0,00	0,00
B. Rückstellungen	711,74	472,55
C. Verbindlichkeiten	5.749,80	0,00
1. Erhaltene Anzahlungen	5.749,80	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen		
3. Sonstige Verbindlichkeiten		
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe	108.393,49	82.855,74
Gewinn- und Verlustrechnung		
1. Umsatzerlöse	319.865,71	253.377,06
a. terre des hommes (tdh)	50.000,00	50.000,00
b. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	33.083,20	20.313,00
c. Brot für die Welt	22.971,48	20.778,52
d. MISEREOR	43.750,00	67.339,00
e. Engagement Global gGmbH	48.500,00	37.994,00
f. VENRO	7.770,00	0,00
g. Friedrich-Ebert-Stiftung	47.600,00	0,00
h. Heinrich-Böll-Stiftung	13.680,00	0,00
i. Rosa-Luxemburg-Stiftung	16.678,55	5.000,00
j. Instituto del Tercer Mundo	30.127,13	28.467,20
k. Publikationserlöse	3.110,60	717,68
l. Kostenerstattungen	84,75	44,50
m. Mitgliedsbeiträge	2.510,00	2.360,00
2. Honorare an Dritte	7.382,65	10.932,86
3. Personalaufwand	199.583,36	178.370,04
4. Abschreibungen	1.056,35	627,79
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	92.295,72	56.384,76
a. Raumkosten	10.157,55	9.583,00
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	225,50	435,00
c. Reparatur- u. Instandhaltungskosten	1.537,50	1.190,00
d. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen und Publikationen)	22.377,55	25.468,10
e. Verschiedene betriebliche Kosten	57.313,57	18.417,25
f. Kosten der Warenabgabe	509,91	1.291,41
g. Verluste aus Wertminderungen und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	174,14	0,00
6. Zinsen und sonstige Erträge	1,13	18,37
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.548,76	7.347,49
8. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
9. Jahresüberschuss	19.548,76	7.347,49
10. Einstellungen in die Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	19.548,76	7.347,49
11. Bilanzgewinn	0,00	0,00

IV. Daten und Fakten

1. Vorstand und Mitarbeiter/innen 2016

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2016: 47) und einem fünfköpfigen Vorstand. Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, dem Programmkoordinator Wolfgang Obenland und der Programmmitarbeiterin Karolin Seitz, sowie einer Reihe freier Mitarbeiter/innen, Praktikant/innen und Berater/innen.

Vorstand GPF Europe		Vorstand GPF New York	
	<i>Dr. Tanja Brühl</i> Vorstandsvorsitzende; Professorin, Universität Frankfurt am Main		<i>Barbara Adams</i> Vorstandsvorsitzende
	<i>Dr. Michèle Roth</i> Schatzmeisterin; Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn		<i>Abigail Neville</i> Schatzmeisterin
	<i>Bodo Ellmers</i> Vorstandsmitglied; Policy and Advocacy Manager bei Eurodad		<i>Marina Lent</i> Stellvertretende Vorstandsvorsitzende
	<i>Verena Winkler</i> Vorstandsmitglied; freiberufliche Beraterin und Consultant		
			<i>Jens Martens</i> Geschäftsführender Vorstand
Mitarbeiter/innen			
GPF Europe		GPF New York	
	<i>Wolfgang Obenland</i> Programmkoordinator (Bonn)		<i>Barbara Adams</i> Freie Mitarbeiterin (New York)
	<i>Karolin Seitz</i> Programme Officer (Bonn)		<i>Sarah Dayringer</i> Programme Officer (New York)
Praktikantinnen und Praktikanten (GPF Europe)			
<i>Hannah Schimpel</i>		<i>Svenja Brunkhorst</i>	
Berater/innen			
<i>Lou Pinget</i> Policy Advisor (Montreal)		<i>Klaus Hüfner</i> Senior Research Fellow on UN Finance (Berlin)	
<i>David Weaver</i> Policy Advisor (New York)		<i>Henning Melber</i> Policy Advisor (Uppsala)	

2. Veröffentlichungen 2016

Adams, Barbara (2016): United Nations and business community, out-sourcing or crowding in? Global Policy Watch Briefing #13. New York: Global Policy Watch.
www.2030agenda.de/sites/default/files/GPW13_2016_10_04.pdf

Adams, Barbara/Judd, Karen (2016): Refining the Indicators: Opening the process; open for influence? Global Policy Watch Briefing #14. New York: Global Policy Watch.
www.2030agenda.de/sites/default/files/GPW14_2016_11_11.pdf

Adams, Barbara/Judd, Karen (2016): Silos or system? The 2030 Agenda requires an integrated approach to sustainable development. Global Policy Watch Briefing #12. New York: Global Policy Watch.
www.2030agenda.de/sites/default/files/GPW12_2016_09_23.pdf

Adams, Barbara/Martens, Jens (2016): Partnerships and the 2030 Agenda – Time to reconsider their role in implementation. New York: Friedrich-Ebert-Stiftung/Global Policy Forum.
www.2030agenda.de/sites/default/files/On-Partnerships-GPF-input-to-discussion.pdf

Global Policy Forum/DAWN/Third World Network et al. (Hrsg.) (2016): Spotlight on Sustainable Development 2016 – Report by the Reflection Group on the 2030-Agenda for Sustainable Development. New York.
www.2030spotlight.org/

Global Policy Forum/Forum Menschenrechte/Forum Umwelt und Entwicklung et al. (Hrsg.) (2016): Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2016 – Noch lange nicht nachhaltig. Berlin/Bonn.
www.2030report.de/

Martens, Jens (2016): Das Nachhaltigkeitsforum der UN 2016 – Erstes globales Treffen zur Umsetzung von 2030-Agenda und SDGs. GPF Briefing August 2016. Bonn.
www.2030agenda.de/sites/default/files/GPF-Briefing_0816_online.pdf

Martens, Jens (2016): Die guten Taten der Multimilliardäre. Wachsender Wirtschaftseinfluss in der Weltpolitik. In: Brot für die Welt/Germanwatch: Wirtschaft und Menschenrechte. Unternehmen verbindlich in die Pflicht nehmen. Dossier zur Ausgabe 4-2016 von welt-sichten.
<https://germanwatch.org/de/download/14818.pdf>

Martens, Jens (2016): Die SDGs auf der G20-Agenda – Der G20-Aktionsplan zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. GPF Briefing September 2016. Bonn.
www.2030agenda.de/sites/default/files/GPF-Briefing_0916_SDGs_0.pdf

Martens, Jens (2016): Herausforderungen und Stand der Umsetzung der SDGs auf globaler Ebene. Stellungnahme bei der Öffentliche Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages zum Thema „Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf nationaler und internationaler Ebene“, Berlin, 30.November 2016.Ausschussdrucksache 18(19)477 i.Berlin:Deutscher Bundestag.
www.bundestag.de/blob/482802/6d6744d7a235689362e973ced3ae58ef/stellungnahme-martens-data.pdf

- Martens, Jens (2016):** The 2030 Agenda – a new start towards global sustainability? In: Global Policy Forum/DAWN/Third World Network et al. (Hrsg.): Spotlight on Sustainable Development 2016 – Report by the Reflection Group on the 2030-Agenda for Sustainable Development. New York, S. 11-15.
www.2030spotlight.org/en/book/i1-2030-agenda-new-start-towards-global-sustainability
- Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2016):** Die 2030-Agenda – Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum/terre des hommes.
www.2030agenda.de/sites/default/files/Agenda_2030_online.pdf
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2016):** Auf dem Weg zu globalen Unternehmensregeln – Der „Treaty-Prozess“ bei den Vereinten Nationen über ein internationales Menschenrechtsabkommen zu Transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Berlin/Bonn/New York: Global Policy Forum und Rosa-Luxemburg-Stiftung - New York Office.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Globale_Unternehmensregeln_online.pdf
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2016):** Entwicklungspolitik: Großzügig? Wohltätig? Mächtig! Der Boom der privaten Stiftungen. In: *iz3w*, Ausgabe 356, S. 10f.
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2016):** Gestiftete Entwicklung? Die Kooperation der deutschen Entwicklungspolitik und privaten Stiftungen. Aachen/Berlin/Bonn: Brot für die Welt/Global Policy Forum/Misereor.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Gestiftete_Entwicklung_final.pdf
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2016):** Philanthropic Power and Development – Who shapes the agenda? Berlin/Bonn/New York: Global Policy Forum/Rosa Luxemburg Stiftung—New York Office.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/UN_Treaty_online.pdf
- Martens, Jens/Karolin, Seitz (2016):** Unkontrolliert und marktconform. Der Boom der großen Stiftungen in der Entwicklungspolitik. In: *Südlink* 176.
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (Hrsg.) (2016):** Wirtschaft Macht Politik – Einfluss privatwirtschaftlicher Akteure in internationalen Politikprozessen. Aachen/Berlin/Bonn: Brot für die Welt/Global Policy Forum/MISEREOR.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Wirtschaft_Macht_Politik_online.pdf
- Obenland, Wolfgang (2016):** Europas Einfluss auf die globale Ungleichheit. In: Braunsdorf, Felix (Hrsg.): *Fluchtursachen »Made in Europe«* – Über europäische Politik und ihren Zusammenhang mit Migration und Flucht. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/12983-20161207.pdf>
- Obenland, Wolfgang (2016):** Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts – Die finanziellen Aspekte der Umsetzung der 2030-Agenda. In: Global Policy Forum/Forum Menschenrechte/Forum Umwelt und Entwicklung et al. (Hrsg.): *Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2016 – Noch lange nicht nachhaltig*. Berlin/Bonn, S. 134-141.
www.2030report.de/de/bericht/kapitel/ii23-geld-ist-nicht-alles-aber-ohne-geld-ist-alles-nichts
- Obenland, Wolfgang (2016):** Mühsamer Start – Die Mittel zur Umsetzung der 2030-Agenda auf dem Prüfstand. GPF Briefing September 2016. Bonn.
www.2030agenda.de/sites/default/files/GPF-Briefing_0916_online.pdf

- Obenland, Wolfgang (2016):** Options for Strengthening Global Tax Governance. International Policy Analysis. Berlin/Bonn/Aachen: Friedrich-Ebert-Stiftung/GPF/MISEREOR.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/12958.pdf
- Seitz, Karolin (2016):** “Morality cannot be legislated, but behaviour can be regulated” – Bericht über die zweite Tagung der UN-Arbeitsgruppe zur Erstellung eines verbindlichen Rechtsinstruments zu Wirtschaft und Menschenrechten, 24.-28. Oktober 2016, Genf. GPF Briefing Dezember 2016. Aachen/Berlin/Bonn: Brot für die Welt, Global Policy Forum, MISEREOR.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPF-Briefing_1216_Zweite_Tagung_Treaty.pdf
- Seitz, Karolin (2016):** FENSA - a fence against undue corporate influence? The new Framework of Engagement with non-State Actors at the World Health Organization. GPF Briefing September 2016. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0916_FENSA.pdf
- Seitz, Karolin (2016):** Zu viel Einfluss von Coca-Cola und Co. Die Weltgesundheitsorganisation reguliert ihre Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Interview für Ausgabe 12/2016 von welt-sichten.
www.welt-sichten.org/artikel/32653/ergebnis-der-lobbyarbeit-von-coca-cola-und-co

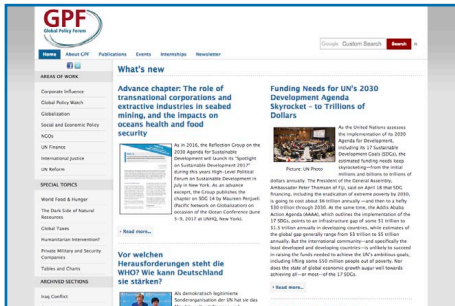
3. Chronologie der GPF-Aktivitäten 2016

Was	Wann
Panel-Diskussion mit Barbara Adams beim Joint Biennial Meeting of the United Nations Inter-Agency Network on Women and Gender Equality (IANWGE) and the OECD-DAC Network on Gender Equality (GENDERNET) in Kampala	12.01.
Panel-Diskussion mit Barbara Adams bei einem Side-event „Financing Gender Equality and Women's Empowerment in the 2030 Agenda“ zur Vorbereitung auf die 60. Sitzung der Commission on the Status of Women in New York	21.01.
Panel-Diskussion mit Barbara Adams „Undue Influence of Corporations & Philanthropic Foundation on WHO“ in Genf	23.01.
Vortrag von Wolfgang Obenland bei der TDG International Federation in Genf zu „Monitoring the implementation of the SDGs“	28.01.
Präsentation des GPF-Reports „Die 2030-Agenda – Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung“ in Bonn	24.02.
Roundtable discussion „How to hold the ‚rich and powerful‘ accountable in the 2030 Agenda“ mit DAWN, Third World Network und Social Watch in New York	08.03.
Vortrag von Barbara Adams beim 3. Treffen der IAEG-SDG zu „New Approaches to Productive Development: State, Innovation, Sustainability and Industrial Policy“ in Mexiko Stadt	30.03.
Teilnahme von Wolfgang Obenland am ECOSOC Forum on Financing for Development follow-up in New York	18.04.
Panel-Teilnahme von Barbara Adams beim PGA's High-Level Thematic Debate on Achieving the Sustainable Development Goals in April called „Financing poverty eradication and sustainable development“ in New York.	21.04.
Panel-Teilnahme von Wolfgang Obenland bei einem Workshop von South Centre, UNCTAD und Friedrich-Ebert-Stiftung „Intensifying and Expanding International Tax Cooperation to Achieve Sustainable Development“ in New York.	21.04.
Treffen der Reflection Group in Berlin und Teilnahme an einer Konferenz der Thinktank20	19.05.
Vortrag von Wolfgang Obenland bei der Stadt Oldenburg/SKEW zu „Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung – Ein neuer Referenzrahmen für die Kommunen“	24.05.
Vortrag von Jens Martens beim Agenda-21-Rat Rostock zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und ihre Bedeutung für Rostock	01.06.
Moderation von Jens Martens bei der SEF bei einer Veranstaltung zu „Globale 2030-Agenda lokal umsetzen: Wo steht Brandenburg?“	09.06.
Stand von GPF beim Global Media Forum in Bonn	13.06.
Vortrag von Jens Martens und Karolin Seitz bei Tagung der Ludwig-Maximilians-Universität München zu „Resourcing International Organizations“	24.06.
Vortrag von Wolfgang Obenland beim Third International Congress of Development Studies in Saragossa zu „Inequality and Development“	29.06.
Vortrag von Jens Martens bei der EPN Hessen in Frankfurt zu „Die große Transformation durch SDGs? Prozesse – Praxen – Perspektiven“	01.07.

Was	Wann
Medien- und Multiplikator/innenworkshop „Das Nachhaltigkeitsforum der UN und die 2030-Agenda“ in Berlin	05.07.
Side-event während des High-level Political Forum on Sustainable Development „Shadowing SDG-implementation – Civil Society Action for meaningful participation and accountability“ in New York	11.07.
Side-event während des High-level Political Forum on Sustainable Development „A Good or a Bad Start? Civil Society Reflection Group Report Launch: Spotlight on Sustainable Development 2016“ in New York	11.07.
Side-event während des High-level Political Forum on Sustainable Development „Shadowing SDG-implementation – Civil Society Action for meaningful participation and accountability“ (Wiederholung vom 11.07. mit neuen Rednerinnen und Rednern) in New York	13.07.
Vortrag von Barbara Adams bei der 13. AWID International Conference zu „Challenging Corporate Power, Demanding Accountability: Feminist Resistance Struggles and Strategies“ in Bahia	09.09.
Vorstellung des „Spotlight on Sustainable Development“ im Rahmen eines Webinars der Society for International Development	13.09.
Paneldiskussion mit Jens Martens bei der DGVN-Konferenz „Widersprüchliche Nachhaltigkeit – UN-Agenda 2030 und SDGs bei uns und in der Welt“ in Berlin.	22.09.
Workshop „Der Treaty-Prozess bei den Vereinten Nationen“ gemeinsam mit Brot für die Welt, CorA-Netzwerk, Fian International, MISEREOR und Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin	27.09.
Vortrag von Wolfgang Obenland beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement/Engagement Global in Bonn zu „Die 2030-Agenda ein Jahr nach Verabschiedung“	27.09.
Podiumsdiskussion mit Jens Martens bei der VENRO-Konferenz „Leaving no one behind in global Health – Wie sollte Deutschlands Beitrag aussehen“ in Berlin	28.09.
Panel Discussion „Corporate accountability and influence in the UN – Challenges for the new Secretary General and the UN“ in New York	04.10.
Vortrag von Jens Martens bei der SKEW in Baruth/Mark zu „Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und ihre Bedeutung für Kommunen“	21.10.
Vortrag von Wolfgang Obenland bei der SKEW/SEZ Baden-Württemberg in Stuttgart zu „Ungleichheit und die 2030-Agenda“	21.10.
Treffen der Reflection Group mit anderen zivilgesellschaftlichen Netzwerken beim „International Strategy and Networking Workshop: Global 2030 Watch“ in Genf	22.10.
Launch des Spotlight Reports mit einer Panel-Diskussion in Kooperation mit NGLS in Genf	24.10.
Side-event während der Sitzung des Menschenrechtsrats „Corporate Accountability and Influence in the UN – Current Trends in the Governance of Business & Human Rights, Global Health, Agriculture, Food and Nutrition“ gemeinsam mit FIAN International, Social Watch, Society for International Development, Third World Network, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Environmental Student Committee of the Graduate Institute in Genf	25.10.
Panel-Teilnahme von Wolfgang Obenland bei der Konferenz „The challenge of the SDGs for France – what has to be changed to reach the goals?“ der Science Po/IDDRI in Paris	26.10.

Was	Wann
Vortrag von Jens Martens beim Deutschen Städtetag/SKEW in Köln zu „Ein Jahr nach Verabschiedung der Agenda 2030“	2.11.
Vortrag von Jens Martens beim Informationszentrum Dritte Welt/Stadt Dortmund Agenda Büro zu „Globale Nachhaltigkeitsziele“	9.11.
Tagung „Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen“ gemeinsam mit CorA, Brot für die Welt, fdcl, Germanwatch, MISEREOR, Oxfam Deutschland, terre des hommes und ver.di in Berlin	10.11.
Vortrag von Wolfgang Obenland bei SKEW/Stadt Ludwigsburg zu „Die 2030-Agenda ein Jahr nach Verabschiedung“	22.11.
Vortrag von Jens Martens bei der SEF/SKEW in Bonn zu „Die Umsetzung der Agenda 2030 als gesellschaftspolitischer Auftrag“	24.11.
Vortrag von Jens Martens bei der Stadt Neumünster/SKEW/Neumünster zu „Die Agenda 2030 und die globalen Nachhaltigkeitsziele – Kommunen in Schleswig-Holstein gestalten“	29.11.
Stellungnahme von Jens Martens bei der Öffentliche Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages zum Thema „Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf nationaler und internationaler Ebene“ im Bundestag Berlin.	30.11.
Vortrag von Jens Martens beim FES Landesbüro NRW in Düsseldorf zu „Die SDGs: Die Verantwortung von Nordrhein-Westfalen für eine nachhaltige Zukunft“	5.12.
Vortrag von Jens Martens beim Umweltministerium Hessen/Germanwatch in Rauschholzhausen zu „SDGs – Alter Wein in neuen Schläuchen? Wo steht der Prozess der Umsetzung in Deutschland und international?“	7.12.
Side-event während des Treffens des UN-Committee of Experts on International Cooperation in Tax Matters „Strengthening domestic resource mobilization through international cooperation in tax matters“ in New York	08.12.
Workshop „Ländersache Nachhaltigkeit – Die Umsetzung der 2030-Agenda auf Länderebene und die Rolle der Zivilgesellschaft“ in Bonn	15.12.

4. GPF im Internet



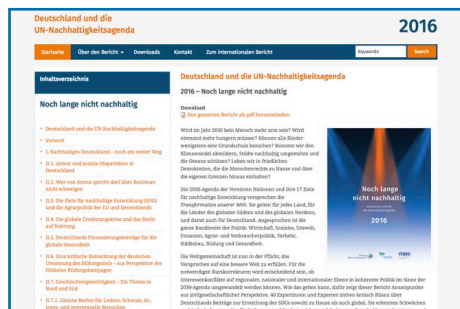
www.globalpolicy.org



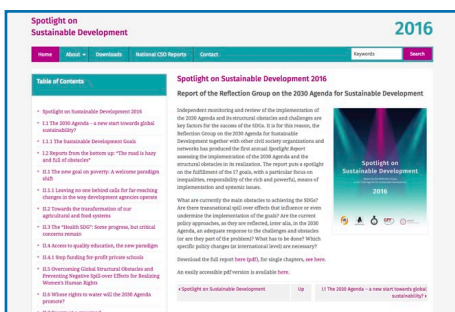
www.globalpolicywatch.org



www.2030agenda.de



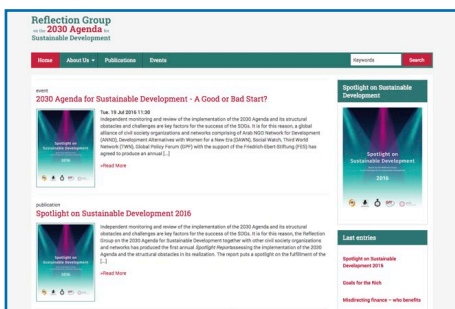
www.2030report.de



www.2030spotlight.org



<http://steuergerechtigkeit.blogspot.de>



www.reflectiongroup.org

